

2251

Dienstag, 3. September 1946.

Petition der Partei der Arbeit:
"Für eine saubere Schweiz".

Justiz- und Polizeidepartement. Antrag vom 27. August
1946.

Das Justiz- und Polizeidepartement legt den Entwurf zu einem Bericht des Bundesrates an die Petitionskommissionen der eidg. Räte zu der Petition der Partei der Arbeit: "Für eine saubere Schweiz" vor. Die Ausarbeitung dieses Berichtes erfolgte im Einvernehmen mit dem Eidg. Militärdepartement.

Antragsgemäss wird

b e s c h l o s s e n :

Der vom Eidg. Justiz- und Polizeidepartement vorgelegte Entwurf zu einem Bericht an die Petitionskommissionen der eidg. Räte wird genehmigt (siehe Beilage).

An die Petitionskommission.

Protokollauszug an das Justiz- und Polizeidepartement zu Händen der Bundesanwaltschaft und an das Sekretariat der Bundesversammlung zur Kenntnis.

Für getreuen Auszug,
Der Protokollführer:

F. Weber.

B e r i c h t

des Bundesrates an die Petitions-
kommissionen der eidg. Räte
über die
Petition der Partei der Arbeit:
"Für eine saubere Schweiz"

Bern, den 1. 3. Sep 1946

Sehr geehrte Herren Präsidenten,
Sehr geehrte Herren National- und Ständeräte,

Wir haben die Ehre, Ihnen unseren Bericht über die oben genannte Petition der Partei der Arbeit zu unterbreiten. Sie hat den folgenden Wortlaut:

"Die Unterzeichner ersuchen die Bundesversammlung, die nötigen Massnahmen zu beschliessen, damit

- 1) alle in der Schweiz wohnenden Ausländer, welche Mitglieder nationalsozialistischer oder faschistischer Organisationen waren, des Landes verwiesen werden,
- 2) alle Schweizer in eidgenössischen Aemtern und Behörden, welches ihr Amt oder ihre Funktion sein möge, die nationalsozialistischen, faschistischen oder frontistischen Bewegungen, Parteien oder Bünden angehörten, und solche, die die Bestrebungen zur Gleichschaltung der Schweiz mit dem nationalsozialistischen oder faschistischen Ausland direkt oder indirekt unterstützten, entlassen werden,
- 3) Offiziere, die nationalsozialistischen, faschistischen oder frontistischen Bewegungen Parteien oder Bünden angehörten, und solche, die die Bestrebungen zur Gleichschaltung der Schweiz mit dem nationalsozialistischen oder faschistischen Ausland direkt oder indirekt unterstützten, ihres Kommandos enthoben werden."

Ad.1.

A. Der Bundesrat hat in seinen Richtlinien die Voraussetzung zur Ausweisung nach Art.70 BV in folgenden Fällen bejaht:

1. Für Angehörige einer der nationalsozialistischen Organisationen, die durch den von ihnen ausgeübten Terror als berüchtigt bekannt geworden sind, nämlich SS, Gestapo, SA und SD.
2. Für Deutsche, die dringend verdächtig sind, unerlaubten militärischen, politischen oder wirtschaftlichen Nachrichtendienst betrieben zu haben.

3. Für Deutsche, die eine leitende Funktion in einer nationalsozialistischen Organisation innegehabt haben oder aber Funktionäre und blosse Mitglieder einer solchen Organisation waren, wenn feststeht, dass die letzteren sich aktiv in nationalsozialistischem Sinne betätigt, Propaganda betrieben, Landsleute unter Druck gesetzt oder sich abschätzig oder drohend gegenüber der Schweiz und schweizerischen Verhältnissen geäußert haben.

Die Ausweisung italienischer Faschisten gestützt auf Art.70 BV kommt nach den Richtlinien des Bundesrates in Betracht für:

1. Italiener, die dringend verdächtig sind, unerlaubten militärischen, politischen oder wirtschaftlichen Nachrichtendienst getrieben zu haben, hauptsächlich die Agenten der OVRA (Opera Volontaria Repressione Antifascista) und SIM (Servizio informazione Militare).
2. Italiener, welche eine leitende Funktion in der faschistischen oder später in der neofaschistischen Organisation innegehabt haben, wenn erwiesen ist, dass sie eine die Schweiz gefährdende Tätigkeit im Sinne der Werbung von Schweizerbürgern für faschistische Ideen, durch Ausübung eines Druckes auf ihre Landsleute oder durch dauernde und auffällige abschätzig oder drohende Äusserungen über die Schweiz oder über schweizerische Verhältnisse. Zu berücksichtigen ist dabei vor allem eine solche Tätigkeit nach dem 25. Juli 1943.

B. Im Bericht des Bundesrates über seine Geschäftsführung im Jahre 1945 sind die Richtlinien bekannt gegeben worden, nach denen die Ausweisung deutscher und italienischer Staatsangehöriger durch die kantonalen Behörden auf Grund von Art.10 BG über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vom 26.3.31 in Verbindung mit Art.5 BRB über Aenderung der fremdenpolizeilichen Regelung vom 17.10.1939 als rechtlich begründet und geboten erachtet werden dürfe; diese Voraussetzungen sind gegeben für:

1. Mitglieder der NSDAP, sofern nicht im Einzelfall besondere Entlastungsgründe geltend gemacht werden können. Eine Ausnahme ist namentlich geboten, wenn die Ausweisung im Einzelfall eine unverhältnismässige Härte bedeuten würde und wenn die Gefahr einer künftigen staatsgefährlichen Tätigkeit als ausgeschlossen erscheinen kann.
2. Mitglieder der nationalsozialistischen Sportorganisationen.
3. Deutsche, die sich besonders aktiv im nationalsozialistischen Sinne betätigt haben, für die jedoch die Voraussetzungen zur Ausweisung nach Art.70 BV trotzdem nicht als gegeben betrachtet werden.

Die Richtlinien vom 31. August 1945 über die Ausweisung italienischer Faschisten besagen, dass die Ausweisung italienischer Staatsangehöriger durch die kantonalen Behörden auf Grund der fremdenpolizeilichen Vorschriften als rechtlich begründet und geboten erachtet werden können für:

- 3 -

1. Personen, die dringend verdächtig sind, verbotenen militärischen, politischen oder wirtschaftlichen Nachrichtendienst getrieben zu haben, besonders solche, die dringend der Spitzeltätigkeit zum Nachteil von Schweizerbürgern oder Ausländern verdächtig sind.
2. Personen, die sonstwie in schwerwiegender Weise gegen die Schweiz aufgetreten sind, z.B. durch wiederholte oder schwere abschätzige oder drohende Aeusserungen über die Schweiz und die schweizerischen Einrichtungen.
3. Personen, die leitende Funktionen ausgeübt haben in der faschistischen Partei oder in der faschistischen Miliz.

Der Geschäftsbericht des Bundesrates fügt bei:

"Die blosse Zugehörigkeit zur faschistischen Partei oder zur faschistischen Miliz kann für sich allein nicht als genügender Ausweisungsgrund betrachtet werden. Die Ausübung einer leitenden Funktion in einer der nicht ausgesprochen politischen italienischen Organisationen, wie z.B. dem Dopolavoro, genügt für sich allein nicht als Ausweisungsgrund. Ferner kann eine vor mehreren Jahren ausgeübte Tätigkeit nicht ohne weiteres zur Begründung einer Ausweisungsverfügung herangezogen werden, wenn sich der betreffende Italiener seither korrekt verhalten hat".

C. Im gleichen Geschäftsbericht des Bundesrates, Abschnitt "Bundesanwaltschaft" wird über die Zahl der gegen deutsche und italienische Staatsangehörige in Anwendung von Art.70 BV ausgesprochenen Ausweisungen nach Massgabe der vorstehenden Richtlinien Auskunft gegeben. Folgende Zahlen geben eine Uebersicht der durch die eidgenössischen und kantonalen Behörden während der Säuberungsaktion, d.h. seit Mai 1945 ergriffenen Massnahmen:

	<u>Betroffene Personen:</u>	
	Deutsche	Italiener
Ausweisungen nach Art.70 der Bundesverf.	994	39
Ausweisungen nach Art.10 BG vom 26.3.31 über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer	3307	276
Durch die Frepo verfügte Wegweisungen und Fristansetzungen zur Ausreise	<u>1369</u>	<u>504</u>
Total	5670	819
	====	===

Ad.2 und 3.

A. Am 12.6.42 erliess das eidg. Finanz- und Zolldepartement eine dienstliche Mitteilung an das Personal der allgemeinen Bundesverwaltung betreffend Ausschluss der Extremisten aus der Bundesverwaltung. Darin wird mitgeteilt:

- 4 -

"Der Bundesrat hat folgende extreme politischen Organisationen wegen ihrer staatsgefährlichen Betätigung aufgelöst:

1. Sämtliche in der Schweiz bestehenden kommunistischen Organisationen (BRB betr. die Auflösung der kommunistischen Partei der Schweiz vom 26.11.40); folgt Aufzählung sämtlicher als kommunistisch bezeichneten Organisationen.
2. Die "Schweiz. Gesellschaft der Freunde einer autoritären Demokratie (SGAD)".
3. Den "Volksbund (Nationalsozialistische schweiz. Arbeiterpartei)" (Bundesratsbeschluss über die Auflösung der Gesellschaft der Freunde einer autoritären Demokratie und des Volksbundes vom 8. November 1940).
4. Die "Nationale Bewegung der Schweiz (NBS)" (Bundesratsbeschluss über die Auflösung der NBS vom 19. November 1940. Die Tätigkeit und Zugehörigkeit in irgend welcher Form in obenbezeichneten Organisationen oder allfälligen Ersatzorganisationen ist mit dem Bundesdienst unvereinbar und hat die Auflösung des Dienstverhältnisses aus eigenem Verschulden zur Folge. In jedem Falle bleibt überdies die strafrechtliche Verfolgung vorbehalten".

Im Zusammenhang mit der Prüfung des bundesrätlichen Berichtes über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen von 1939 bis 1945 (Motion Boerlin), ist der nationalrätlichen Kommission auch ein Bericht des eidg. Finanz- und Zolldepartementes über die allfällige Entlassung von Beamten und Angestellten aus der Bundesverwaltung, welche sich nationalsozialistischer oder kommunistischer Betätigung oder Gesinnung schuldig gemacht haben, erstattet worden. In diesem Bericht des Finanz- und Zolldepartementes wird u.a. folgendes bemerkt:

"Unser Departement hat mit Rundschreiben vom 30. Juni 1942 alle Dienstzweige der Bundesverwaltung ersucht, jedem Beamten, Angestellten oder Arbeiter eine "Dienstliche Mitteilung" vom 12. Juni 1942 betreffend Ausschluss der Extremisten aus der Bundesverwaltung abzugeben. Nachdem die Parteiverbote und die Bundesratsbeschlüsse betr. den Ausschluss der Kommunisten aus der Bundesverwaltung im Laufe des letzten Sommers aufgehoben worden sind und nachdem auch die in der genannten dienstlichen Mitteilung erwähnten rechtsextremistischen Organisationen zu bestehen aufgehört haben, liess der Chef des eidgenössischen Personalamtes durch Rundschreiben vom 10. November 1945 (Beilage 2) in unserem Auftrage die Dienstzweige der Bundesverwaltung wissen, dass sich jede weitere Abgabe der mehrgenannten dienstlichen Mitteilung vom Juni 1942 erübrige. Dieser Widerruf stützte sich auf eine entsprechende Stellungnahme des Herrn Bundesanwaltes vom Herbst 1945 und auf seine Feststellung, dass auch Ersatzorganisationen früherer rechtsextremistischer Körperschaften bis dann nicht in Erscheinung getreten waren.

Das Personalamt legte Wert darauf, in seinem Rundschreiben vom 10. November 1945 immerhin an die Grundsätze von Art. 13 des Beamtengesetzes zu erinnern, wonach einem Bundesfunktionär untersagt ist, "einer Vereinigung anzugehören, die den

- 5 -

Streik von Beamten vorsieht oder anwendet oder die sonstwie in ihren Zwecken oder in den dafür bestimmten Mitteln rechtswidrig oder staatsgefährlich ist". Nach dem Widerruf der dienstlichen Mitteilung vom Jahre 1942 wollte das Personalamt nicht den Eindruck aufkommen lassen, als sei nun der Einlass von Extremisten in die Bundesverwaltung vollständig frei oder gar erwünscht. Deshalb sind die Dienstabteilungen an ihre Pflicht erinnert worden, bei der Rekrutierung von Personalnachwuchs sich über die Vertrauenswürdigkeit der Kandidaten zu vergewissern."

Die Bundesanwaltschaft war in der Lage, in vielen Fällen auf Anfragen von eidg. Dienststellen Auskunft über die Zugehörigkeit von Stellenbewerbern zu extremistischen Parteien, über ihre politische Tätigkeit und Zuverlässigkeit zu erteilen. In mehreren Fällen konnte damit verhütet werden, dass Extremisten bezw. politisch belastete Personen in den Bundesdienst eintraten.

B. Auf Veranlassung der Kommission für die Prüfung des bundesrätlichen Berichtes über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939/45 (Motion Boerlin) hat der Bundesrat einen Bericht über seine Stellungnahme zu der Eingabe der 200 erstattet. In diesem Bericht des Bundesrates vom 26.4.46 wird u.a. in Bezug auf Bundesbeamte und Offiziere folgendes ausgeführt:

"Bei aller entschiedenen Verurteilung dieser Forderungen stellte sich der Bundesrat grundsätzlich auf den Standpunkt, dass die "Eingabe der 200" im Jahre 1946, unter veränderten Verhältnissen und Voraussetzungen, jedenfalls nicht strenger beurteilt werden darf als 1940/41 und unter Berücksichtigung der damaligen Lage. Eine andere Einstellung müsste dazu führen, "Gesinnungsdelikte" strafrechtlicher Ahndung zu unterstellen und die Entwicklung unserer öffentlichen Verhältnisse einer totalitären Staatsauffassung entgegen zu treiben, einer Entwicklung, gegen die sich Behörden und Volk unseres Landes immer mit aller Kraft gestemmt haben. Der Bundesrat hat festgestellt, dass die vier Beamten des Bundes, welche die Eingabe unterzeichneten, nicht zu den Urhebern oder Initianten gehören und der Eingabe ihre Unterschriften liehen, ohne sich der Tragweite bewusst zu sein, die einer Erfüllung der gestellten Forderungen hätte zukommen müssen. In den Jahren 1940 und 1941 wurden in der Armee eingehende und umfassende Erhebungen über alle Offiziere durchgeführt, deren Verhalten oder deren Gesinnung in Bezug auf ihre absolute Zuverlässigkeit in Zweifel gezogen wurde, was damals zur Ausschaltung einer Reihe von Offizieren führte. Offiziere und Truppenkommandanten, deren Verhalten später zu Bedenken Anlass gab, wurden im Zusammenhang mit einigen Untersuchungen ausgeschaltet. Darunter befanden sich auch einzelne Unterzeichner der Eingabe, die somit schon seit Jahren aus dem Dienst in der Armee ausgeschieden sind. Von den Initianten und Erstunterzeichnern der Eingabe hat heute keiner mehr ein Truppenkommando inne. Die anderen heute noch Dienst tuenden Offiziere, welche die Eingabe mitunterzeichneten, haben sich während des ganzen Aktivdienstes über ihre Zuverlässigkeit und Pflichterfüllung ausgewiesen. Das gleiche gilt auch für die oben erwähnten Bundesbeamten.

- 6 -

Es können deshalb heute gegenüber den Bundesbeamten und Offizieren weder strafrechtliche noch disziplinarische Sanktionen oder andere Massnahmen in Betracht fallen. Dagegen behält sich der Bundesrat vor, einzelne durch ihn gewählte Kommissionsmitglieder, welche die Eingabe unterzeichnet haben, abzuberufen oder ihr Mandat nicht zu erneuern, wenn deren weiteres Verbleiben unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse als den Interessen des Landes abträglich erscheint".

Auf Grund dieser Ausführungen beantragen wir Ihnen, es sei der Petition der PdA keine Folge zu geben.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Herren Präsidenten, sehr geehrte Herren National- und Ständeräte, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Schweiz. Bundesrates

Der Bundespräsident:

Kobelt

Der Bundeskanzler:

Leimgruber

R a p p o r t

du Conseil fédéral aux Commissions
des pétitions des Chambres fédérales
sur la pétition du Parti du travail:
"Pour une Suisse propre"

Berne, le 3. Sep. 1946

Messieurs les Présidents et Messieurs,

Nous avons l'honneur de vous faire rapport sur la pétition du Parti du travail, laquelle a la teneur suivante:

"Les signataires demandent à l'Assemblée fédérale de prendre les mesures suivantes:

- 1) Expulsion de tous les étrangers membres d'organisations nationales-socialistes ou fascistes.
- 2) Révocation de tous les citoyens suisses occupant des fonctions ou des charges publiques, quelles que soient ces charges et ces fonctions, qui ont appartenu à des mouvements, partis ou ligues nationaux-socialistes, fascistes ou frontistes ou qui ont soutenu directement ou indirectement des mouvements tendant à l'alignement de la Suisse sur l'étranger national-socialiste et fasciste.
- 3) Relever de leur commandement les officiers qui ont appartenu à des mouvements, partis ou ligues nationaux-socialistes, fascistes ou frontistes et ceux qui ont soutenu directement ou indirectement de tels mouvements qui préconisaient l'alignement de la Suisse sur l'étranger national-socialiste ou fasciste."

Ad 1.

A. Le Conseil fédéral a reconnu suivant ses directives que les conditions d'expulsion en vertu de l'art.70 de la Constitution fédérale entraînent en ligne de compte pour:

1. Les membres d'une des organisations nationales-socialistes marquées d'infamie par leur terrorisme, notamment celles des SS, de la Gestapo, des SA et des SD.
2. Ceux qui sont fortement soupçonnés d'avoir pratiqué un service illicite de renseignements en matière militaire, politique ou économique.
3. Ceux qui ont occupé une fonction dirigeante dans une organisation nationale-socialiste ou ceux qui, fonctionnaires ou simples membres d'une telle organisation, ont été actifs au sens du national-socialisme, ont fait de la propagande, ont exercé une pression sur leurs compatriotes ou se sont exprimés d'une

- 2 -

manière avilissante ou menaçante à l'égard de la Suisse et de ses institutions.

L'expulsion des fascistes italiens par le Conseil fédéral, sur la base de l'article 70 de la Constitution, entre en ligne de compte, suivant ses directives, pour:

1. Les Italiens gravement soupçonnés d'avoir pratiqué un service de renseignements militaires, politiques ou économiques, et principalement les agents de l'OVRA (Opera Volontaria Repressione Antifascista) et du SIM (Servizio Informazione Militaire).
2. Les Italiens qui ont joué un rôle dominant au sein d'organisations fascistes ou néo-fascistes, s'il est prouvé qu'ils ont exercé une activité politique nuisible à la Suisse, par exemple en cherchant, par une propagande intensive, à gagner des Suisses aux idées fascistes, en faisant pression sur leurs compatriotes, ou en dénigrant constamment ou en proférant des menaces à l'égard de la Suisse ou de ses institutions. On tiendra surtout compte de l'activité exercée après le 25 juillet 1943.

B. Dans le rapport du Conseil fédéral sur sa gestion en 1945, des directives ont été publiées considérant comme fondées en droit et en équité l'expulsion de Suisse de ressortissants allemands et italiens par les autorités cantonales en vertu de l'article 10 de la loi du 26 mars 1931 sur le séjour et l'établissement des étrangers conjointement avec l'article 5 de l'arrêté du Conseil fédéral du 17 octobre 1939 modifiant les prescriptions sur la police des étrangers. Ces conditions préalables sont données pour:

1. Les membres du parti national-socialiste allemand, sauf circonstances atténuantes spéciales. Une exception s'impose lorsque l'expulsion dans un cas d'espèce entraînerait des rigueurs disproportionnées et que toute activité dangereuse pour l'Etat paraît être désormais exclue.
2. Les membres des organisations sportives nationales-socialistes.
3. Ceux qui ont été particulièrement actifs au sens du national-socialisme et dont l'expulsion ne peut être prononcée en vertu de l'article 70 de la Constitution, les conditions d'application de cette disposition ne pouvant pas être considérées comme remplies.

Les directives du 31 août 1945 sur l'expulsion des fascistes italiens disposent que l'expulsion des ressortissants italiens par les autorités cantonales, sur la base des prescriptions de police des étrangers, peut être considérée comme fondée en droit et en équité pour:

1. Les personnes gravement soupçonnées d'avoir pratiqué un service de renseignements militaires, politiques ou économiques, et, en particulier les personnes gravement soupçonnées d'avoir fait de l'espionnage au détriment de citoyens suisses ou étrangers (agents provocateurs).

- 3 -

2. Les personnes qui, d'une manière grave, ont nettement pris parti contre la Suisse, par exemple en dénigrant constamment le pays ou ses institutions ou en proférant des menaces à leur égard.
3. Les personnes qui ont joué une fonction dirigeante au sein du parti ou de la milice fasciste.

Le rapport de gestion du Conseil fédéral ajoute:
 "A noter que l'affiliation au parti ou à la milice fasciste ne peut pas être considérée, à elle seule, comme un motif suffisant d'expulsion. L'exercice d'une fonction dirigeante dans une organisation fasciste n'ayant pas, au premier chef, de caractère politique, par exemple le "Dopolavoro", ne suffit pas non plus pour justifier l'expulsion. En outre, une activité exercée il y a plusieurs années ne peut pas motiver sans autre un arrêté d'expulsion si l'intéressé s'est conduit correctement depuis lors."

C. La partie "Ministère public" du même rapport de gestion du Conseil fédéral renseigne sur le nombre des ressortissants allemands et italiens qui, dans la mesure des directives précitées, ont été expulsés en vertu de l'article 70 de la Constitution fédérale. Les chiffres suivants donnent un aperçu des mesures prises par les autorités fédérales et cantonales pendant l'action d'épuration, c.a.d. depuis le mois de mai 1945:

	<u>Personnes touchées</u>	
	Allemands	Italiens
Expulsions en vertu de l'art. 70 CF	994	39
Expulsions en vertu de l'art.10 LF sur le séjour et l'établissement des étrangers	3307	276
Mesures de renvoi par la police des étrangers et fixation d'un délai de départ	<u>1369</u>	<u>504</u>
	5670	819
	-----	-----

Ad 2 et 3.

A. Le 12 juin 1942, le département fédéral des finances et des douanes a publié une communication de service destinée au personnel de l'administration générale de la Confédération au sujet de l'exclusion des extrémistes de l'administration fédérale. Cette communication disait:

"Ensuite de leur activité dangereuse pour l'Etat, le Conseil fédéral a dissous les organisations politiques extrémistes suivantes:

1. Tous les organismes communistes existant en Suisse (ACF du 26 novembre 1940 concernant la dissolution du parti communiste suisse); suit la récapitulation de tous les organismes considérés comme communistes.

- 4 -

2. La "Schweizerische Gesellschaft der Freunde einer autoritären Demokratie (SGAD)".

3. Le "Volksbund (Nationalsozialistische Schweiz. Arbeiterpartei)".

4. Le "Mouvement national suisse" (ACF concernant la dissolution du "Mouvement national suisse" du 19 novembre 1940).

L'exercice, sous une forme quelconque d'une activité dans les organismes susindiqués ou dans ceux destinés, le cas échéant, à les remplacer, ou le fait d'en être membre, est incompatible avec le service de la Confédération et entraîne la résiliation disciplinaire des rapports de service. Dans chaque cas la poursuite disciplinaire reste réservée".

Conjointement avec l'examen du rapport du Conseil fédéral sur les menées antidémocratiques exercées par des Suisses et des étrangers en relation avec la période de guerre de 1939 à 1945 (motion Boerlin), le département fédéral des finances et des douanes a rédigé un rapport, à l'intention de la commission du Conseil national, sur le licenciement de fonctionnaires et employés de l'administration fédérale coupables d'activité ou d'opinion nationale-socialiste ou communiste. Dans ce rapport il est dit entre autres ce qui suit:

"Par circulaire du 30 juin 1942, notre département a demandé à tous les services de l'administration fédérale de remettre à chaque fonctionnaire, employé et ouvrier la "communication de service" du 12 juin 1942 au sujet de l'exclusion des extrémistes de l'administration fédérale. Après que les interdictions de partis et les arrêtés du Conseil fédéral concernant l'exclusion des communistes de l'administration fédérale aient été levés au cours de l'été dernier et après que les organisations extrémistes citées dans ladite circulaire aient cessé d'exister, le Chef de l'office fédéral du personnel, à la suite de notre intervention, a fait savoir, par une nouvelle circulaire, du 10 novembre 1934, aux services de l'administration fédérale (annexe 2) que toute remise ultérieure de la communication de service du mois de juin 1942 devenait inutile. Cette révocation se basait sur un rapport du Procureur général de la Confédération de l'automne 1945 et la constatation faite que de nouveaux organismes de remplacement ne s'étaient pas substitués jusqu'ici aux anciennes associations extrémistes.

L'office du personnel a attaché de l'importance à rappeler toutefois dans sa circulaire du 10 novembre 1945 les principes de l'article 13 de la loi sur le statut des fonctionnaires disant qu'il "est interdit au fonctionnaire de faire partie d'une association qui prévoit ou utilise la grève des fonctionnaires ou qui, autrement, poursuit des buts ou emploie des moyens illicites ou dangereux pour l'Etat". En annulant la communication de service de 1942, l'office du personnel n'a pas voulu laisser l'impression que l'entrée d'extrémistes dans les services de l'administration fédérale était maintenant tout à fait libre ou même désirable. Il a, au contraire, rappelé aux divisions de

- 5 -

service le devoir qu'elles ont de s'assurer, lors du recrutement de personnel, que les candidats sont dignes de confiance".

Dans bien des cas le ministère public fédéral a été à même de renseigner, à la demande des offices fédéraux, si des personnes cherchant un emploi appartenaient à des partis extrémistes, exerçaient une activité politique ou étaient des candidats sûrs. Il a été possible d'empêcher ainsi, dans plusieurs cas l'entrée au service de l'administration fédérale d'éléments appartenant à des partis extrémistes ou n'étant pas sûrs au point de vue politique.

B. La commission chargée de l'examen du rapport concernant l'activité antidémocratique exercée par des Suisses et des étrangers en relation avec la période de guerre de 1939 à 1945 (motion Boerlin) a demandé au Conseil fédéral un rapport sur son attitude envers la requête des 200. Dans ce rapport, du 26 avril 1946, le Conseil fédéral dit entre autres ce qui suit au sujet des fonctionnaires et des officiers:

"Tout en condamnant catégoriquement ces revendications, le Conseil fédéral juge, par principe que la "requête des 200" ne doit, dans les circonstances nouvelles de 1946, en tout cas pas être appréciée plus sévèrement qu'elle ne le fut en 1940/41 et qu'on doit tenir compte de la situation d'alors. Adopter une autre attitude signifierait réprimer des "délits d'opinion" et s'orienter, dans notre vie publique, vers une conception totalitaire de l'Etat, ce à quoi les autorités et le peuple suisses se sont toujours énergiquement opposés.

Le Conseil fédéral a constaté que les quatre fonctionnaires fédéraux qui ont signé la requête n'en sont ni les auteurs ni les promoteurs et prêtèrent leur signature sans être conscients de la portée qu'aurait eue la réalisation de leurs revendications. En 1940/41, des enquêtes approfondies et étendues furent menées dans l'armée sur tous les officiers qui ne paraissent pas tout à fait sûrs du fait de leur attitude et de leurs idées. Il en résulta l'élimination d'une série d'officiers. Quelques officiers et commandants de troupe, dont on constata plus tard que le comportement ne donnait pas entière satisfaction, furent également éliminés à la suite de certaines enquêtes. Parmi eux se trouvaient aussi quelques signataires de la requête, qui ont ainsi quitté l'armée depuis plusieurs années. Aucun des promoteurs et premiers signataires de la pétition n'exerce plus aujourd'hui de commandement militaire. Les autres officiers qui ont signé la requête et servent encore dans l'armée ont donné, pendant tout le service actif, la preuve qu'ils sont des hommes sûrs, fidèles à leur devoir. Il en est de même des fonctionnaires indiqués plus haut.

Par conséquent, des sanctions pénales ou disciplinaires ou d'autres mesures n'entrent plus en considération pour ces fonctionnaires et officiers.

- 6 -

Toutefois, le Conseil fédéral se réserve de révoquer ou de ne pas renouveler le mandat de membres de commissions conféré à des signataires de la requête si le maintien de ce mandat peut présenter aujourd'hui des inconvénients pour le pays."

Vu ces considérations, nous vous proposons de ne donner aucune suite à la pétition du parti du travail.

Veillez agréer, Messieurs les Présidents et Messieurs, l'assurance de notre haute considération.

Au nom du Conseil fédéral suisse

Le Président de la Confédération:

Kobelt

Le Chancelier:

Leimgruber